

Wo bitte geht's zur Wirtschaftsdemokratie?

© Bernd Kasper / pixelio.de

Unser Totdilemma im Wahlherbst 2013

Johannes Heinrichs

Wie alle vier Jahre wieder sind wir in diesem September 2013 aufgerufen, unser pseudodemokratisches Kreuzchen zu machen auf einer Liste von Parteien, mit denen sich nur wenige identifizieren können. Jedenfalls aber keine/r, die/der eine tiefgreifende Geldreform im Sinne der Humanen Wirtschaft und/oder gar eine Demokratiereform im Sinne einer viergegliederten, wertgestuften Demokratie will. Diese Parteien sind für sie alle nur das relativ kleinere Übel.

Um von den „Wirtschaftsparteien“ (also kapitalnahen Parteien) CDU und FDP in diesem Zusammenhang ganz zu schweigen: Die SPD hat seit der Revolution am Ende des 1. Weltkrieges (einer gern verschwiegenen Revolution, zu der ich die einschlägigen Bücher von Sebastian Haffner empfehle^[1]) ihre ursprünglichen tieferen Aspirationen bezüglich Wirtschafts- und Geldsystem aufgegeben und sich dazu hinreißen lassen, auf die einstigen Genossen von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) als „Kommunisten“ zu schießen und ihre Führer umbringen zu lassen. Dergleichen verleugnete Gräueltaten haften der ehrwürdigen ältesten Partei Deutschlands, mit ganz anderen Ursprüngen (um das harte Wort „marxistisch“ zu vermeiden) bis heute an. Sie wird aus ihren

seit Gerhard Schröder gesteigerten, das neoliberale System stabilisierenden Halbheiten ohne eine gründliche Besinnung nicht herausfinden. Doch gerade die Autorität und der „gesunde Menschenverstand“ eines ehrenwerten und als Weltökonom des Bestehenden kenntnisreichen, aber nicht veränderungsfreudigen Helmut Schmidt blockiert diese Partei der so ruinösen Mitte weiterhin. Auf ihn stützt sich der jetzige Kanzlerkandidat. (Für die verspäteten Leser: Er wird Peer Steinbrück geheißen haben).



© www.dts-nachrichtenagentur.de

Die „Grünen“ hatten zwar in ihren Anfängen „basisdemokratisch“ groß auf ihre Fahnen geschrieben, und viele von ihnen standen damals zudem der Geldreform Silvio Gesells nahe, obwohl solche „Radikalität“ im Milieu der Umweltschützer und Nationennivellierer nicht mehrheitsfähig war. Doch ist mit der laufenden Etablierung der Partei von beiden Impulsen, Geld- und Demokratiereform, nicht viel mehr übrig geblieben als ein bisschen

mehr „direkte Demokratie“. Auf diese Beruhigungsspielle von „direkter Demokratie“ werde ich am Ende zurückkommen.

Die LINKE stünde Geld- und Bodenreformern an sich am nächsten. Doch sie wird von den systemkonformen Sozialdemokraten als völlig regierungsunfähig diskreditiert – was eher letztere als Demokraten diskreditiert. Ferner gibt es nun einmal die unsäglich bedauerliche historische Kluft zwischen Gesellianern und Marxisten. Nach Gesells Auffassung hat Marx das Wesen des Geldes und des Zinses völlig verkannt, nach Auffassung der Marxisten und Nachfolger ist der Ansatz bei der Drehschraube Zins (statt bei dem Gegensatz von Unternehmern und Lohnabhängigen) nur etwas für Kleinbürger (Robert Kurz) oder gar Sozialdarwinisten (Jutta Ditfurth). Dazu, dass beide Strömungen sachlich im Recht, doch in ihrer gegenseitigen Ablehnung im Unrecht sind und daher das historische, bis heute weiter wirkende Malheur ihrer beiderseitigen politischen Erfolglosigkeit selbst zu verantworten haben, habe ich mich in *Sprung aus dem Teufelskreis* (2005) ausführlich geäußert. Die Protagonisten der unpolitisch-paradiesischen „Regionalwährungen“ scheinen über solche bloß historischen Kämpfe weit erhaben. Damit sind diese aber keineswegs beendet und für die reale Gegenwart fruchtbarer gemacht. Jene historischen Gegensätze wirken bis heute kräftig fort und verhindern vernünftige Bündnisse – was im politi-

1 Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin 2000, und: Die deutsche Revolution, Reinbek 2004

schen Bereich ein Todesurteil ist. Das ebenfalls nicht gelingende Bündnis zwischen Rot-Grün und Linken beruht gleichermaßen auf persönlichen Antipathien und mangelnder Sachlichkeit. Doch dies muss hier nicht unser Thema sein, da es leider unwahrscheinlich ist, dass es nach der Wahl zum öffentlichen Thema wird.

Apropos Regionalwährungen: Solche werden in der politischen relevanten Form der guten alten Nationalwährungen von dem einzig ernsthaften neuen Mitbewerber um die Wählergunst, von der „Alternative für Deutschland“, angestrebt. Diese Bewegung zurück zur DM ist nicht neu. Sie wurde von dem Professoren-Quartett um W. Hankel und K. A. Schachtschneider von Anfang der Euro-Diskussion an vertreten. Diese haben ganz offensichtlich Recht behalten: Eine gemeinsame Währung für Europa schafft Unfrieden statt europäischen Frieden, solange die Einheit Europas in Bezug auf Politik, Kultur und Grundwerte nicht unterschieden wird. Selbst bei Wilhelm Hankel ist allerdings nicht ganz klar, was er mit „gemeinsamer Politik“ meint: Wirtschaftspolitik oder Politik überhaupt? Zu diesem Thema habe ich mich bereits im Januar-Heft in dieser Zeitschrift geäußert. Ausführlicher wird es bald in einer Broschüre „Europa mehrdimensional. Wider die Eindimensionalität der europäischen Politik“ geschehen.^[2] Ich habe einmal auf einer Mailing-Liste die „Alternative für Deutschland“ für die Wahl empfohlen, nicht weil sie mir in jeder Hinsicht sympathisch wäre, sondern nur deshalb, weil sie den bestehenden Klüngel der Parteien und vor allem die angebliche Alternativlosigkeit der derzeitigen Europa-Politik bei einem Erfolg aufbrechen könnte. Es wäre die Frage, in welchem Maße diese Partei den rückwärtsgewandten nationalen und isolationistischen, egoistisch-nationalen, kurz anti-europäischen Kräften in Deutschland Auftrieb geben würde, wengleich viele der dort versammelten Euro-Gegner betonen, dass ihr Denken und Wollen keineswegs gegen ein stärker vereinigt Europa sei. Es besteht hier wie überall Nachholbedarf an grundsätzlich-sozialtheoretischem, an mehr als pragmatischem Denken.

2 Vgl. die neue Edition „Geist & Politik“ (www.geistundpolitik.de oder www.martinbesecke.de)

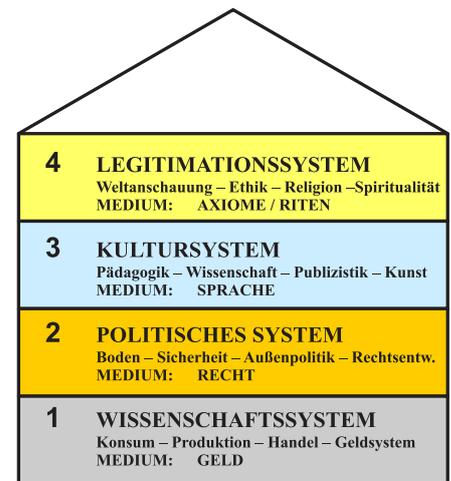
Das allgemeine Demokratie-Dilemma und seine Auflösung

Fazit aus diesem kurzen Durchgang durch die zur Wahl stehenden Alternativen in Form der bestehenden Parteien: hier spitzt sich wieder einmal die allgemeine Situation der bestehenden Halb- oder vielmehr Vierteldemokratie zu: Selbst wenn einzelne Programmteile der Parteien – auch aus Sicht einer grundlegenden Geld- und Reform – Unterstützung verdienen, so befinden wir uns als Wähler in einem **strukturellen Dilemma**: in einer Hinsicht wollen wir gern eine Partei unterstützen, in anderer Hinsicht aber eine andere. Diesem Dilemma ist nicht mit solchem Parteienforscher-Schnickschnack wie „Wahlomaten“ beizukommen, sondern allein mit der Einsicht, **dass wir bereichsspezifisch wählen können müssten**. Das wäre das Entscheidende.

In vielen Veröffentlichungen habe ich die systemtheoretische Sichtweise begründet, dass es vier große Handlungs- und System-Ebenen des staatlich organisierten sozialen Systems gibt: 1. Wirtschaft mit dem so wichtigen, vereinheitlichenden Medium Geld, 2. Politik im engeren Sinne der Macht- und Kompetenzverteilung durch das Medium Recht, 3. Kultur, die ihr Medium in der Sprache und der Meta-Sprache Kunst hat, sowie 4. die Grundwerte, die ihr Medium in Grundprinzipien („Dogmen“) und Ausdrucksriten haben. Diese Stufung der Subsysteme geht aus der Reflexionsstufung des menschlichen Handelns hervor und ist alles andere als willkürlich angesetzt, daher auch nicht willkürlich vermehrbare.^[3] Zur Veranschaulichung, auch der weiteren Untergliederung dieser Systemebenen, diene das folgende Haus. Die Worte „Öko-nomie“ und „Öko-logie“, sind nicht nur auf die Haus-Haltung im ursprünglichen Sinn zu beziehen, sondern auf das große, staatlich-rechtlich organisierte „Haus“, das

3 Die Begründung dieser Sicht wurde am ausführlichsten in meinem Buch „Revolution der Demokratie“ (Berlin 2003) gegeben, das in aktualisierter Form jetzt nach 10 Jahren neu herauskommt, unter dem Titel „Die konstruktive Revolution. Die innere Synthese von direkter und repräsentativer Demokratie, Hamburg 2013 (Reihe „Geist&Politik“, hg. von Martin Besecke im Verlag tredition).

als Basis eine Volkswirtschaft hat oder wenigstens hatte.^[4]



Das Haus (Oikos) der gesellschaftlichen Subsysteme

Die Grundidee der viergegliederten Werte-Demokratie (auch einfach „Viergliederung“^[5] genannt) besteht nun darin, dass diese latente Vierstufung des sozialen Systems auch tatsächlich explizit verwirklicht werden muss, und zwar ansetzend beim Herzen der Demokratie, beim Parlament: durch die Bildung von vier unabhängig, auch zeitlich getrennt voneinander gewählte Teil-Parlamente oder Kammern für die vier Systemebenen.

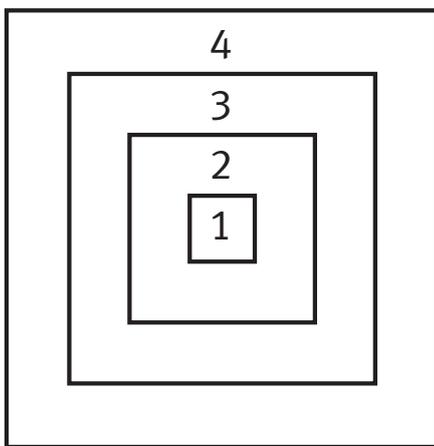
Welche unabsehbaren Folgen dies für das gesamte soziale System hätte, kann hier nur knapp skizziert werden. Der Wähler hätte nun die Möglichkeit, jedes Jahr (zum Beispiel, das nahe liegt) eine dieser Kammern neu zu besetzen. Antreten zu einer solchen bereichsspezifischen Wahl könnten nur noch Sachparteien für jede dieser Ebenen. Ein Parteiengesetz müsste dafür sorgen, dass die Parteien nicht länger Allzuständigkeitsparteien mit Programmen für alles und jedes bleiben, indem sie sich weiter zu Ebenen übergreifenden Kartellen organisierten. Sie müssten organisatorisch und finanziell getrennt auf jeder Ebene antreten. Sie würden so zu Sachpar-

4 Der Verfall der Volkswirtschaften wird m.W. am intelligentesten beklagt von Gero Jenner, zuletzt in: EuroKalypse Now?: Es gibt einen Weg aus der Krise!, Marburg 2012.

5 Die Kurzbezeichnung „Viergliederung“ habe ich zuerst öffentlich gebraucht in meinem ersten Artikel in der Vorgängerin dieser Zeitschrift: Natürliche Wirtschaftsordnung und ‚natürliche Sozialordnung‘, in: Der Dritte Weg, März 1994. Für die Aufforderung dazu danke ich bei dieser Gelegenheit dem bald 85-jährigen Wilhelm Schmülling!

teien werden. Der Wähler hätte somit die Möglichkeit der sachspezifischen Wahl.

Im Ganzen der staatlichen organisierten Gesellschaft hat, wie man aus dem obigen „Oikos“ ersieht, die Wirtschaft eine fundamentale, aber dienende Funktion. Vorrang in der Gesetzgebung hätten die Ebenen Grundwerte, Kultur und Politik im engeren Sinne. Das heißt nicht etwa, dass nun mit Grundwerten unmittelbar Wirtschaftspolitik gemacht würde, sondern nur, dass es eine Rahmen- und Vorrangordnung gibt.



Schema der Rahmengesetzgebung, vgl. das Haus (Oikos) auf Seite 13.

Was in der Wirtschaftskammer an Gesetzen beschlossen wird, geschieht aufgrund wirtschaftlicher Fachkenntnisse und nach ökonomischen Gesichtspunkten. Doch es muss den Vorgaben (Gesetzen) der Grundwerte-Kammer, auch der Kultur- und Politik-Kammer folgen. Diese dienende Einordnung der Wirtschaft ins soziale Ganze „schmeckt“ vielen Ökonomen nicht. Doch spiegeln sie darin genau den Mangel unserer bisherigen Ordnung: Sie wird von der Wirtschaft und finanziellen Interessen dominiert, nicht etwa von den Grundwerten. Diese traditionelle, scheinbar sachlich unvermeidliche Rolle der Ökonomie im Gesamten des Gemeinwesens bedeutet allein schon einen Missstand und eine fortwährende soziale Krankheit – noch unabhängig davon, wie sachgerecht und effizient

die Ökonomie dann eingerichtet ist.

Allerdings müsste es auch eine Rückkoppelung von Unten nach Oben geben: Die Grundwerte-Parlamentarier könnten z. B. nicht allein beschließen, dass ab sofort 5% des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe ausgegeben würden, um das Armutsgefälle in der Weltwirtschaft zu beseitigen. Zu allen Beschlüssen der Grundwerte-Kammer (wie auch der anderen Kammern) können die Wirtschafts-Parlamentarier Stellung nehmen. Dazu genügt eine 2. und 3. Lesung von Gesetzesentwürfen, wie wir sie schon jetzt haben, die jedoch dann ungleich größere Bedeutung gewinnen. Die Grundwerte-Parlamentarier werden sich hüten, gegen den Einspruch der Wirtschafts-Kammer Gesetze zu erlassen, die ökonomisch nicht haltbar sind. Denn, falls die eigene Vernunft nach ökonomischer Belehrung nicht reicht: Sie müssen sich am nächsten Wahltag ebenso den Wählern stellen wie die Experten aller anderen Kammern auch.

Experten sind übrigens alle Parlamentarier, auch und gerade nach bereichsspezifischen Wahlen, nicht im Sinne von Fachidioten, sondern von Vertrauensleuten der Bevölkerung. Für die Wirtschaftskammer brauchen wir z. B. nicht nur Ökonomieprofessoren, erst recht nicht neoliberal ausgebildete, sondern Menschen, die sich glaubhaft wirkliche Ahnung von den springenden Punkten des Wirtschaftslebens erworben haben. Wenn die Kandidaten für bestimmte Sachbereiche zur Wahl anstehen und nur dann, können die Wähler spüren, wer sie in einem Bereich kompetent und in ihrem Sinne vertreten kann. Ebenso wie die Debatten in den gegliederten parlamentarischen Kammern erst durch sachliche

Gliederung (bei allen Kontroversen) sachlich werden können, so auch die Wahlkämpfe und die Wahlen selbst. Wir brauchen dann keine „Wahlmatten“ mehr, die uns über die Dilemmas hinwegtäuschen sollen, dass Parteien überhaupt nur bereichsspezifisch wählbar sind.

Wirtschaftsdemokratie im alten gewerkschaftlichen Sinne

Wenn wir jetzt von der gesamt-demokratischen Fragestellung scheinbar weg und hin zur Wirtschaft kommen, die in dieser Zeitschrift besonders interessiert, dann drängt sich das Wort „Wirtschaftsdemokratie“ auf. Ein Wort, das den Älteren unter den Lesern noch vertraut klingen mag. Denn Wirtschaftsdemokratie war lange ein großes Anliegen der Gewerkschaften. *„Als Wirtschaftsdemokratie werden verschiedene historische und zeitgenössische Konzepte bezeichnet, welche die Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer an wirtschaftlichen Prozessen und eine demokratisch legitimierte Globalsteuerung der Marktwirtschaft anstreben. Geprägt wurde der Begriff 1928 von Fritz Naphtali in einem im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Buch über die Zielsetzungen einer Demokratisierung der Wirtschaft. Dieser forderte in seiner Resolution 1928 in Hamburg die Demokratisierung der Wirtschaft und damit „die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf den Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit“ (ADGB, 1928, 436). Die verschiedenen Konzepte reichen von einem demokratisch reformierten Kapitalismus über die Synthese kapitalistischer und sozialistischer Ordnungsprinzipien bis hin zu sozialistisch-kollektivistischen Strukturen.“*^[6]

In dem erwähnten Buch Wirtschaftsdemokratie von Fritz Naphtali^[7] hat dieser Begriff noch eine ausgesprochen politische und gesamtdemo-

⁶ Artikel Wirtschaftsdemokratie in der Wikipedia. Diesem sind auch einige der folgenden Informationen entnommen.

⁷ Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel. Hg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali. Berlin 1928. Neuauflagen 1966 und 1984.



© Birgith / pixelio.de

kratische Dimension. Auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellte vor der Nazi-Zeit die betrieblichen Forderungen wie die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, des sozialen Arbeitsschutzrechts, der Ausbau und die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Betrieb, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften noch in einen gesamtpolitischen Zusammenhang mit Forderungen, die man heute als „sozialistisch“ kennzeichnen würde: „die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungskörpern, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Fachschulen, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgesellschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols“ (ADGB, 1928, 436f).

Im Jahre 1949, bei der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, griffen die Gewerkschaften die Idee der Wirtschaftsdemokratie wieder auf, unter anderem als Ergebnis ihrer Erfahrungen von Weimar. „Die Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1933 haben gelehrt, daß die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens muß deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden“ (DGB, 1949, 459).

Der IG Metall Vorsitzende Otto Brenner schlug 1960 ein mehrere Ebenen (Makro-, Meso-, Mikroebene) umfassendes Konzept der Wirtschaftsdemokratie vor. Die Mitbestimmung ist ein wichtiges Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft. In der Bundesrepublik gibt es drei Formen: die überbetriebliche, die unternehmensbezogene und die betriebliche Mitbestimmung.

So erfreulich die Fortschritte in diesen drei Formen der Mitbestimmung sind, so bedauerlich ist auf der anderen Seite, dass ein gewerkschaftlicher Pragmatismus die grundsätzlichen Fragen der Stellung der Wirtschaft in der

Demokratie überlagerte. Auch in der heutigen Bewegung der Gemeinwohlökonomie⁸ ist von Demokratisierung der Wirtschaft so die Rede, als ob eine grundlegende Reform der Ökonomie ohne die „hauptamtliche“ Bearbeitung der Demokratiefrage als ganzer zu bewerkstelligen wäre, sozusagen als Nebenprodukt einer Wirtschaftsreform. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Bei bereichsspezifischen Wahlen konkurrieren wirtschaftliche Sachparteien mit konträren oder zumindest verschiedenen Auffassungen von Wirtschaft: Da wird es zweifellos eine neoliberale, neokapitalistische Partei geben. Zwar kann auch sie, wenn die Viergliederung der Demokratie schon einmal eingeführt wäre, nicht mehr so tun, als ob Wirt-



© Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de

Wirtschaftsdemokratie als Teil einer gesamt-demokratischen Konzeption



Nach diesem Exkurs zur bereits historischen Verwendung des Wortes „Wirtschaftsdemokratie“ muss ich nun – bei großem Respekt vor den Vorkämpfern für eine Demokratisierung der Wirtschaft, sogar für den Blick für deren gesamt-demokratischen Rahmenbedingungen – betonen, dass die Verwendung des Wortes im Rahmen der obigen viergliederten Demokratie eine ganz andere und viel umfassendere wäre.

Hat jemals in irgendeinem Land oder, sagen wir, Staat der Welt die Bevölkerung demokratisch über die Art der Wirtschaft, die es für sein Gemeinwesen wünscht, abgestimmt? Darum und um nichts Geringeres handelt es sich bei der neuen Begriffsverwendung.

schaft alles wäre und, von „der Politik“ (gemeint wären die Ebenen der Rechtspolitik, der Kultur und der Grundwerte) möglichst unberührt, autark funktionieren könnte. Schon der freie Markt ist nicht etwa etwas natürlich Vorgegebenes, sondern etwas politisch Herzustellendes! (Dieser Satz gehe auch an die Adresse des „Anarchisten“ Silvio Gesell!)

Eine andere, sehr konträre Sachpartei der Wirtschaft wäre die freiwirtschaftliche oder humanwirtschaftliche. Wahrscheinlich würden sich aber gegenüber dieser äußerst liberalen freiwirtschaftlichen Richtung noch andere Wirtschaftsparteien formieren, die sich vielleicht „sozialistisch“ bezeichnen würden. Bekanntlich gab es bereits einen von Franz Oppenheimer (1864-1942), dem „geliebten und verehrten“ Doktorvater von Ludwig Erhard, begründeten „liberalen Sozialismus“, dessen Ansätze in Krieg und Verfolgung untergingen, bis Erhard ihnen eine gewisse, halbe Nachwirkung in der „sozialen Marktwirtschaft“ verschaffte.

⁸ Christian Felber, Gemeinwohlökonomie, Wien 2010, 2012.

Möglicherweise würde auch die oben erwähnte Gemeinwohlökonomie andere als liberal-freiwirtschaftliche Vorstellungen verfolgen. Auch könnten die Vorstellungen von regionalem Wirtschaften und Subsistenzwirtschaft (Tendenz zur Erzeugung aller Güter, zumindest der Lebensmittel, in der eigenen Region) eine eigene Sachpartei mit entsprechender Anhängerschaft finden. Es können und brauchen hier nicht alle möglichen Positionen und ihre Bündnisse bedacht werden.

Entscheidend ist zunächst allein die unerhörte Chance, dass überhaupt die konkurrierenden Vorstellungen von Wirtschaft erstmals auf den Tisch des öffentlichen Hauses kommen, als sachliche Alternativen diskutiert und dann zur Abstimmung gestellt werden. Abstimmung, sage ich. Denn die Personalwahlen, bei denen die Vertreter von Sachpositionen, gewählt werden, sind zugleich Abstimmungen.

Im Grundgesetz ist von „Wahlen und Abstimmungen“ die Rede (Art. 20, 2), wodurch die Staatsgewalt vom Souverän, dem Volke, ausgeht. Was hier vorgeschlagen wird, ist daher eine Einheit von repräsentativer Demokratie (Wahlen von Repräsentanten) und direkter Demokratie (Sachabstimmungen und Wahl von Amtsträgern). Direkte Demokratie kann dadurch weit über die heute ebenso populäre wie berechnete wie zweitrangige Forderung nach gelegentlichen Volksabstimmungen auf Bundesebene hinausgehen. Denn dann geht es nicht um gelegentliche Weichenstellungen (so gut sie gewesen wären, als z. B. der Euro eingeführt wurde), sondern um ständige Einheit von direkt und repräsentativ mit täglichen Auswirkungen auf das parlamentarische Geschäft. Diese innere Synthese beider

Demokratiearten kommt einfach dadurch zustande, dass die Wahlen zugleich bereichsspezifische Sachabstimmungen sind.

Die Befürworter einer „Monetative“ (www.monetative.de) als Vierter Gewalt im Staate, sollten anerkennen, dass ihr Anliegen einer Lenkung der Geldmenge (und der Unterbindung eigener „Geldschöpfung“, eher Kreditschöpfung⁹⁾) durch ein Währungsamt, wie es schon Gesell vorsah, in diesem Konzept bestens aufgehoben ist: außer dem **Wirtschaftsparlament** gäbe es die **Wirtschaftsregierung** sowie die **Wirtschaftsverwaltung** und die **Wirtschafts-Judikative**. Die doppelte Bedeutung der Exekutive als Regierungs- und Verwaltungsexekutive (auf beiden Ebenen, auf der entscheidungsbefugten politischen wie der verwaltungsmäßigen, müsste ein „Währungsamt“ angesiedelt werden!) führt bereits zu einer Vierten Gewalt, während sowohl eine „Monetative“ wie die Publizistik als Vierte Gewalt staatstheoretische Fehlkonstruktionen sind. Mich wundert, dass ein soziologisch bewandeter Kopf wie Joseph Huber dergleichen Fehl-Einordnungen mitträgt.

Fazit

Es handelt sich um ein grundstürzendes Konzept von Wirtschaftsdemokratie im Rahmen einer notwendigen gesamt-demokratischen Neuordnung. Die positiven Folgen für eine der großen Mehrheit dienende Wirtschaft sind unabsehbar. Das gesamt-demokratische Konzept ist aber nicht nur **eine** Möglichkeit, endlich die alten „Träume“ der Geldreformer zu verwirklichen, sondern **die einzige Möglichkeit**, die ich sehe. Viele, hauptsächlich in Prozentrechnungen schwelgende Zinsgegner, machen sich nicht genügend klar, dass die Durchsetzung z. B. einer Umlaufsicherung auf lagerndes Geld (gleich ob diese nun als Maßnahme genüge) ohne den erbitterten Widerstand der vom jetzigen System Profitierenden nicht denkbar ist. Dieser Widerstand kann – ohne bürgerkriegsartige Zustände – nur durch das schwere Gerät des **gesamten Rechtssystems, also nur durch eine gesamt-demokra-**

⁹ Vgl. Helmut Creutz, Die 29 Irrtümer rund ums Geld, München-Wien 2004, Nr. 14 sowie mehrere Aufsätze in dieser Zeitschrift.

tische Reform, durchgesetzt werden, was einer friedlichen, konstruktiven Revolution gleichkommt. Ich bitte die humanwirtschaftlichen Freunde und die vielen von der Geldfrage Bewegten, diesen Zusammenhang endlich mit vollem Ernst zu bedenken! Im Rahmen der jetzigen Vierteldemokratie hat die Geldreform weiterhin keinerlei Chance. Ob es um eine auch nur inselhaftige Gemeinwohlökonomie besser steht, wage ich zu bezweifeln.

Wer meint, das Aufgezeigte sei entfernte Zukunftsmusik, unterschätzt den Zwang zu neuen Lösungen, unter dem wir stehen, nicht allein in der stets vom Kollaps bedrohten Wirtschaft der Selbstmehrung des Kapitals, die wir Kapitalismus nennen. Gerade die vielfachen Krisen sind es, z. B. die europäische, die neue Zukunftschancen eröffnen. Man unterschätzt die Wirkung, die praktikable und stimmige Gedanken auch auf die Politik haben – mag es auch etliche Jahrzehnte, schlimmstenfalls Jahrhunderte dauern, wie schon bei der ersten Einführung von Demokratie! Doch ist nicht unsere Zeit eine der beschleunigten Entwicklungen?

Zum Autor

Prof. Dr. phil. Johannes Heinrichs



Jahrgang 1942, Prof. Dr. phil., Studium von Philosophie, Theologie, Germanistik und Psychologie, 1972 Promotion, 1975 Habilitation für Philosophie, war bis 2002, als

Nachfolger Rudolf Bahros, Professor für Sozialökologie an der Berliner Humboldt-Universität. Seither Tätigkeit als freier Philosoph und Schriftsteller. Heinrichs ist Autor von über 20 Büchern.



Website: <http://www.johannesheinrichs.de>

E-Mail: johannes.heinrichs@gmx.de